

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

40. Jahrgang / 103

3. Juni 1985

Karl Theodor Engelhardt MdL, Stellvertretender Vorsitzender des kulturpolitischen Arbeitskreises der bayerischen SPD, kritisiert den Umgang des bayerischen Kultusministeriums mit dem Thema Friedenssicherung: Gesinnungs-Abitur im Freistaat.

Seite 1

Jannis Sakellariou MdEP würdigt den Wahlsieg der PASOK in Griechenland: Volle Kraft für Fortsetzung der Reformpolitik.

Seite 3

Horst Peter MdB setzt sich mit Genschers Forderung nach der "Epochen-Wende" auseinander: Sozial-Abbau wird "philosophisch" fundiert.

Seite 5

Gesinnungs-Abitur im Freistaat

Welche Haltung in Bayern zur Sicherheitspolitik erwartet wird

Von Karl Theodor Engelhardt MdL
Stellvertretender Vorsitzender des kulturpolitischen Arbeitskreises der bayerischen SPD

Am Fach Sozialkunde gab es dieses Jahr im Freistaat wieder einmal ein Gesinnungsabitur. Den Schülern, die sich für dieses Abitur entschieden hatten, wurde lediglich die Wahl gelassen, ihre Zukunft aufs Spiel zu setzen oder für ein paar schwache Stunden ihre persönliche Überzeugung zu vergessen und das zu schreiben, was die konservativen Kultusbeamten gerne sehen möchten.

Wie schon im Jahre 1981, als den Schülern im Sozialkunde-Abitur das Ja zur atomaren Abschreckung abverlangt wurde - auf der Basis eines Textes aus der Bundeswehr-Zeitschrift "Information" übrigens - war auch diesmal wieder die Friedenssicherung das Thema. Die Schüler sollten auf der Grundlage eines Textes des Politologen Manfred Hättich, der als ultrakonservativer Gegenspieler von Franz Alt gilt und auch dessen Aussagen kommentierte, Fragen beantworten. Zeigten die ersten vier Prüfungsfragen bereits die Tendenz auf, daß die Theorie der Bundesregierung von der atomaren Abschreckung zu verteidigen sei, wurde dies in Frage 5 endgültig deutlich:

"Setzen Sie sich mit der Meinung auseinander, 'die Entscheidung für die Gewaltlosigkeit' sei 'eine klare Alternative' zur Politik der Friedenssicherung der Bundesregierung!"

Diese These von Franz Alt war - erkennbar für jeden Schüler - durch den Text von Manfred Hättich ausgiebig unterhöhlt worden. Entsprechend waren auch die Lösungsvorschläge, die dem Lehrer unterbreitet wurden:



- Die Politik der Friedenssicherung der Bundesregierung wäre damit aufgegeben.
- Statt Sicherung bliebe wehrloses Ausgeliefertsein.
- Eigene Interessen würden sich nur begrenzt durchsetzen lassen.
- Die Bestimmung über Frieden und Freiheit bliebe anderen überlassen.
- Gewaltlosigkeit hat sich als freiheits- und friedenssichernder Weg bisher in der politischen Realität noch nicht bewährt."

Natürlich durfte der Lehrer auch andere Lösungsalternativen akzeptieren. Dies ist auf dem Deckblatt der kultusministeriellen Anweisung ausdrücklich festgehalten: "Die Lösungshinweise sind Vorschläge der Aufgabensteller. Sie lassen sachlichen Gehalt, Art und Niveau der Beantwortung erkennen, ohne den Anspruch zu erheben, daß sie die einzig mögliche Lösung darstellen." Im Klartext: Wenn ein Lehrer andere Lösungen akzeptierte, dann werde dagegen nichts eingewendet. Juristisch korrekt. Doch der zarte Verweis darauf, daß in den kultusministeriellen Vorschlägen "sachlicher Gehalt" und "Art" erkennbar seien, ist entlarvend. Welchem Lehrer kann man den Mut abverlangen, sich gegen die de facto verordneten Vorschläge zu wenden? Jeder Lehrer, der dies versucht, kann sicher sein, einem Platz auf den schwarzen Listen der Kultusbürokratie vom Schulleiter bis zum Ministerium zu erhalten. Wie es dann mit seiner Zukunft, seinem beruflichen Weiterkommen aussieht, kann er sich selbst ausrechnen.

Das Kultusministerium wäscht seine Hände in Unschuld. Und die Verantwortung liegt beim Lehrer: Soll er sich für seine Zukunft entscheiden oder im entscheidenden Moment Zivilcourage zeigen?

Dies gilt ebenso für den Abiturienten. Nun ist es so, daß Sozialkunde mittlerweile letztrangiges Fach an den bayerischen Gymnasien ist. Genau eine Wochenstunde in der 10. Jahrgangsstufe bekommt man im Regelfall mit. Entsprechend wenige sind es, die dann Sozialkunde als Grundkurs in der Kollegstufe wählen und darin gar noch Abitur machen. Diese in der Regel sehr engagierten Schüler werden im Abitur dann vor die Wahl gestellt: Sollen sie an ihren Überzeugungen festhalten und das schreiben, was sie denken, auch wenn sie damit mit großer Wahrscheinlichkeit ihre gute Abiturnote verschlechtern? Schließlich ist aus Textwahl und Fragestellung eindeutig erkennbar, welche Antwort von ihnen erwartet wird. Oder sollen sie lieber in einer "schwachen" Abitur-Stunde ihre persönlichen Ansichten über Bord werfen und das schreiben, was ihnen die gute Note einbringt? Der Schüler hat angeblich die Wahl - doch es ist keine echte Wahl, weil persönlicher Mut gegen persönliche Zukunftschancen steht.

Das Kultusministerium ist bei politischer Indoktrination subtiler geworden. Es arbeitet nicht mehr mit dem Holzhammer, sondern mit vorgeblicher Freizügigkeit. Die freilich Schüler und Lehrer in eine schlimme Lage bringt, in die sie niemand bringen dürfte - zu wählen zwischen Zivilcourage und Zukunft.

(-/3.6.1985/rs/ks)

+ + +



Ein überwältigender Sieg

Andreas Papandreou kann seine Reformpolitik mit voller Kraft fortsetzen

Von Jannis Sakellariou MdEP

Es ist in der Tat ein überwältigender Wahlsieg, den das griechische Volk am Sonntag dem sozialistischen Ministerpräsidenten Andreas Papandreou und der PASOK zugesprochen hat. Annähernd 46 Prozent der Stimmen und ein Vorsprung von fünf Prozent gegenüber den konservativen Mitbewerbern sichern der Linksregierung die absolute Mehrheit im Parlament. Dabei ist von besonderer Bedeutung, daß die Neodemokratia offenbar das Rechtsspektrum vollkommen ausgeschöpft hat, während mit den beiden kommunistischen Parteien zwei weitere linke Gruppen im Parlament vertreten sind, die in der einen oder anderen Frage die Mehrheit der Regierung noch stärken werden.

Wer die Berichterstattung in den bundesdeutschen Medien über den griechischen Wahlkampf verfolgt hat, stellt einen Hauch von NRW fest: Wie hier die CDU und die ihr ergebenen Journalisten versuchte dort die Neodemokratia den falschen Eindruck eines Kopf-an-Kopf-Rennens zu vermitteln. Dies mag damit zu tun haben, daß die CDU und die CSU mit massiver Unterstützung in den Wahlkampf in Griechenland eingegriffen haben. Erfreulich ist, daß sie hier wie dort eine Abfuhr erhielten.

Wer im übrigen die Schlußkundgebungen der beiden großen Parteien erlebte, konnte auch nur noch Werten auf den PASOK-Sieg abschließen. In den deutschen Zeitungen wurde zwar groß von der Konservativen-Kundgebung mit 700.000 Teilnehmern berichtet. Daß dann die PASOK mit über einer Million Anhängern - und dies bei noch nicht zehn Millionen Einwohnern - folgte, habe ich nicht gelesen. Aber das paßte wohl nicht ins Bild.

Bemerkenswert ist auch, daß sich bei uns einige Zeitungen nicht entblödeten, Andreas Papandreou als üblen Demagogen zu denunzieren, aber den Hintergrund des Neodemokratia-Kandidaten Constantinos Mitsotakis nicht ausleuchteten. Wer die Vergangenheit dieses Herrn kennt, hat sich zu keiner Zeit Illusionen darüber gemacht, wie er am Wahltag ausgezählt werden könnte: Mitsotakis war als Zentrumspolitiker Minister in der Regierung von Andreas Papandreous Vater Georgios. 1965 war er der maßgebliche Drahtzieher für die dann unter Mühsalen geborene Rechtsregierung. Verräter vergißt man in Griechenland nicht so schnell. Die Rechnung kam nach 20 Jahren.

Wie geht es nach dem großen Wahlsieg weiter? Zweifellos wird Andreas Papandreou seine erfolgreiche Reformpolitik fortsetzen. Ich greife nur drei Beispiele heraus.

- o Die Schaffung eines nationalen Gesundheitssystems soll in den kommenden Jahren vollendet werden. Erstmals wird damit auch die ärztliche Versorgung auf dem sogenannten flachen Land sichergestellt. Dieses Reformwerk, das der PASOK viele Stimmen einbrachte, geht übrigens auf den Gesundheitsminister Paraskewas Avgerinos zurück, der inzwischen Abgeordneter des Europäischen Parlaments geworden ist.
- o Eine aktive Beschäftigungspolitik wird weiterhin das Markenzeichen der PASOK-Regierung sein. Eins der interessantesten Elemente ist dabei, daß in Griechenland konkursbedrohte Unternehmen mit Staatsgeldern wieder flottgemacht werden. Sie werden jedoch nicht reprivatisiert, sondern vergesellschaftet; das heißt: die Aufsicht wird Gramien übertragen, in denen die Arbeitnehmer der Fir-



ma mit Kommunalvertretern und Beauftragten der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden sowie anderen am Wirtschaftsleben beteiligten Organisationen zusammenarbeiten.

- o Mit Energie soll außerdem eine Umstrukturierung im griechischen Agrarbereich erfolgen. Der Anteil der Landwirtschaft an der Erwerbsbevölkerung soll von jetzt 30 auf dann 18 Prozent vermindert werden. Wichtig ist, daß dies mit strukturpolitischen Maßnahmen nicht aber via Preis-Politik nach Kiechle-Machart vollzogen werden soll. Deutsche Sozialdemokraten finden ihre Gedanken in diesem Konzept wieder. Die EG ist aufgefordert, Papandreous Politik zu unterstützen. Sie ist vorbildlich für ganz Europa.

Zu den Horrorgemälden, die in der Bundesrepublik über die PASOK verbreitet werden, zählt auch das Märchen vom unsicheren Kantonisten Papandreou, der die EG und die NATO verlassen will. Man fühlt sich - untersucht man die Fakten und den Wahrheitsgehalt - an die Methode Geißler im Kampf gegen die deutsche Sozialdemokratie erinnert. Tatsache ist: Die Mitgliedschaft Griechenlands in der EG wurde in diesem Wahlkampf nicht mehr in Zweifel gezogen. Die Ursachen sind, daß die von der konservativen Regierung seinerzeit ausgehandelten Beitrittsbedingungen inzwischen durch die Sozialisten nachgebessert wurden. Nachdem durch griechische Standfestigkeit das Intergrierte Mittelmeerprogramm der EG durchgesetzt wurde, fühlt sich Griechenland zurecht als gleichwertiger EG-Partner. Hinzu kommt, daß Griechenland inzwischen weitere Vorteile aus der EG-Mitgliedschaft zieht. Beispielsweise im - allerdings reformbedürftigen - Agrarbereich. Papandreous EG-Politik wird sich künftig darauf konzentrieren, aus dem Europa des Finanzkapitals und der Händler ein Europa der Bürger und Arbeitnehmer zu machen. Willy Brandt hat Recht, wenn er in seinem Glückwunschtelegramm an Papandreou schreibt: "Ich vertraue darauf, daß Griechenland weiterhin in Europa eine positive Rolle spielen wird zum Wohl der Ziele, die die deutschen Sozialdemokraten und griechischen Sozialisten verbinden."

Dies gilt auch für die NATO-Mitgliedschaft. Papandreou verlangt, daß das Bündnis die griechischen Sicherheitsinteressen berücksichtigen muß. Was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, bezieht sich hier auf die absurde Situation, daß der NATO-Bündnispartner Türkei territoriale Ansprüche gegenüber Griechenland erhebt. Deshalb erwartet die PASOK-Regierung, daß die NATO die Ostgrenze (zur Türkei) garantiert.

Europa wird auch weiter mit energischen friedenspolitischen Initiativen Andreas Papandreous zu rechnen haben. Deutsche Sozialdemokraten hatten in der Vergangenheit Anlaß, sich über seine Forderungen nach einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan zu freuen. Im gleichen Sinn betätigt sich Andreas Papandreou in der Vier-Kontinente-Initiative der Staats- und Regierungschefs. Daß ein Politiker aus einem vergleichsweise armen Land so selbstbewußt auftritt und sich nicht zum Vasallen machen läßt, sollte uns ermutigen. Die Mehrzahl der Griechen hat diese handfeste Politik am Sonntag jedenfalls mit neuem Vertrauenskapital versehen.

(-/3.6.1985/rs/ks)

+ + +



Genschers "Epochen-Wende"

Der FDP-Chef versucht den Abbau des Sozialstaats philosophisch zu fundieren (Teil I)

Von Horst Peter MdB

Hans-Dietrich Genscher ist Mit-Verursacher der Wende. Selten können Politiker ihrem Drang widerstehen, Marc Aurel auf dessen Stuhl folgen zu wollen, Politiker und Philosoph zugleich zu sein. Genscher versucht nun, dem Bubenstück der Wende historisch-philosophische Legitimation und Fundierung zu verschaffen. Er sieht, wie er unlängst mitteilte, das "Ende einer sozialdemokratischen Epoche und den Beginn eines neuen liberalen Zeitalters". Wie viele andere Versuche dieser Art eignet sich auch dieser pseudo-philosophische Erguß noch einmal zu einem profanen Zweck. Zu dünn und zu wenig reißfest. Es reicht weder zum Staatsmann noch zum Philosophen.

Was Genscher seinen Hörern bot, kannten diese - frei von philosophierenden Mätzchen - schon exakter und direkter formuliert: als Forderungen ihrer diversen Wirtschaftsverbände. Genscher winkt wegen dieser Leistung der Lorbeer des Hofpoeten des Kapitals. Der Hofnarr erhielt schon längst seine Blümchen. Den Schwulst können wir getrost vergessen. Genscher: "Darin sehe ich eine entscheidende Freiheitsaufgabe zur Sicherung unserer Zukunft." Heißt dies, um Genschers Zukunft zu sichern, müsse Freiheit aufgegeben werden?

Lassen wir den wabernden großen Geist beiseite. Nicht auf die Verpackung, die miserabel ist, kommt es an, sondern auf die Absicht. Bisher lag das Wende-Programm nur als Stückwerk vor. Das Insistieren auf einer "geistig-moralischen Wende" war ein eklatanter Mißgriff. Genscher bündelt die diversen programmatischen Versatzstücke wie Lambsdorff-Papier, Bangemann- und Hausmann-Äußerungen und bettet diese in eine gesellschaftsphilosophische Perspektive. Seine Leistung muß darin gesehen werden, daß er versucht, dem Regierungsprogramm eine Zielorientierung außerhalb der Alltagspolitik zu verschaffen. Dies beinhaltet die Formel von der "Epochenwende". Mit dieser Formel markiert Genscher die radikale und prinzipielle Abkehr des Kapitals von einer Politik, die den sozialen Konsens sucht, und ein konzentriertes Kampfprogramm gegen Sozialstaat und Demokratie.

Der Wendepolitik mangelte es bisher an einer geschlossenen Begründung, einem geschlossenen Programm und einem geschlossenen Handlungskonzept. Die Beliebigkeit der Einschnitte in die Sozialpolitik und die Beliebigkeit der Rücknahme einiger dieser Maßnahmen kennzeichnet diesen Mangel. Dem will Genscher abhelfen. Er will dieser Politik Geschlossenheit und Perspektive vermitteln, eine "positive Vision". Der Visionär Genscher ist Realist genug, politische Führung tut ebenfalls Not: "Politische Führung setzt geistige Führung voraus. Das bedeutet mehr als Schadensbegrenzung, Krisenbewältigung und Reaktion auf die jeweils auftretenden Probleme. Politische und geistige Führung in das neue Zeitalter: das ist der Wille zu mehr Freiheit, zu mehr Verantwortung, zu mehr Individualität." Genscher verzichtet in seinem Programm auf jegliche Zurückhaltung, Rücksichtnahme und Langmut: das Kapital ist zu Konzessionen gegenüber den Arbeitnehmern weder willens, noch bereit, noch in der Lage. Das ist das Programm, Genscher bringt es auf den Punkt, gibt die Richtung an und öffnet den Weg zur Realisierung.



Die neue liberale Gesellschaft wird im Produktionssektor auf der ungehemmten Nutzung der Neuen Technologien basieren. Das werden die Menschen in der Bundesrepublik nicht unbedingt wollen. Deswegen müssen mögliche Hindernisse in der Gesellschaft, der Politik und in den Menschen weggeräumt werden.

Sein kurzfristiges Programm hat einige Eckpunkte:

- Direkte Funktionalisierung der staatlichen Haushalte für die Interessen der "high tech"-Sektoren der Wirtschaft
- + als Nachfrager dieser Produkte oder als Subventionsgeber für Forschung und Bereitstellung der Infrastruktur,
- Abrichtung des Bildungswesens auf diese Sektoren der Wirtschaft
- + in den Schulen solle auf Anwendung und Konsumnachfrage vorbereitet werden,
- + die Hochschulen sollen als Ausbildungszentren der Industrie und ihrer Labors Nachwuchskräfte zu liefern,
- die Sicherung der Nachfrage durch "Öffnung des Marktes", damit eine "wettbewerbsfähige Industrie für Mediensysteme und Endgeräte" entstehen kann. Das heißt vorerst die Beseitigung politischer, medienrechtlicher und pädagogischer - wie in den Schulen - Barrieren, damit die Bereitschaft der Menschen, mit diesen Geräten umzugehen, gefördert werden kann.

Die "erste zentrale Aufgabe", die erfüllt werden muß, "um den Weg in die Zukunft zu bannen" lautet jedoch, "Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen Unternehmergeist, Eigenverantwortung und Engagement" voll entfaltet werden können. Diese Rahmenbedingungen sind geschaffen, wenn "das Steuer- und Abgabenrecht einerseits und das Arbeitsrecht andererseits auf das neue dynamische Zeitalter" ausgerichtet sind.

Zwar bestreitet Genscher, daß "der neue Liberalismus die grundlegende Leistung der vorangegangenen Epoche, den Sozialstaat" infrage stellt. Aber dies ist eine taktische Finte. Noch kann niemand sich in unserer Republik frontal gegen das Verfassungsgebot des Artikel 20 GG stellen. Aber: "Heute geht es keineswegs nur um die Korrektur von Übertreibungen, sozusagen um Reparatur des zum Versorgungsstaat verfremdeten Sozialstaates. Es geht vielmehr um den Aufbau von etwas grundsätzlich Neuem. Es geht um den Eintritt in ein neues Zeitalter." Genscher fordert die "Renaissance des Unternehmertums". Die Wirtschaft der "Zukunft ist eine Unternehmerwirtschaft". Renaissance heißt: Rückkehr zur Klassik, zur Antike, und im konkreten Zusammenhang: Rückkehr zum klassischen Kapitalismus.

Zieht man die Summe aus den vollzogenen, beabsichtigten und gewünschten Maßnahmen, stellt der neue Liberalismus sehr wohl den Sozialstaat infrage. Genscher nimmt zum Beispiel, ohne Haussmann zu erwähnen, dessen Forderung, untertarifliche Löhne zu zahlen, auf. Haussmann hat sich damit kräftig an der Verfassung vergriffen. Die herrschende juristische Meinung geht davon aus, daß das Gleichheitsgebot bindende Wirkung auch für das Arbeits- und Tarifrecht habe. Mit einer derartigen Flexibilisierung des Tarifrechtes würde gegen Koalitionsfreiheit und Gleichheitsgebot verstoßen.



Angepaßt werden soll das Steuerrecht. Leistungs- und Verantwortungseliten sollen wieder anerkannt werden, und das heißt die Anerkennung ihrer Leistung durch Freistellung von alizu großer steuerlicher Belastung. Leistung für diese muß sich wieder lohnen. Zwar solle noch Solidarität geübt werden, das dürfe aber nicht soweit gehen, daß die "Freiheit und der Leistungswille eines Einzelnen erstickt" werde.

Den einen die Freiheit und der Leistungswille, den anderen "mehr Eigenverantwortung und Risikobereitschaft". Das ist die Parole Genschers gegenüber den Arbeitnehmern. Damit zielt er gegen die Gesamtheit des Arbeits-, Tarifs- und Sozialrechtes, zielt gegen sämtliche kollektiven und individuellen Schutzrechte der Arbeitnehmer, auf Einkommen (Lohn) und soziale Sicherung (Lohnnebenkosten und Steuern) der Arbeitnehmer. Beschäftigungsrisiko, der Schutz vor den Lebensrisiken muß der Arbeitnehmer wieder selbstbestimmt und eigenverantwortlich tragen. Der Unternehmer soll befreit werden von den "Fesseln" des Sozialstaates. Die "Organisationsmacht" der Gewerkschaften muß ebenso gebändigt werden, denn diese verhindern bisher die "Selbstbestimmung der Arbeitnehmer".

Kurzum: die Arbeitskraft soll billiger und williger werden.

Mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz setzte die Bundesregierung schon einen wichtigen Meilenstein auf diesem Wege. Damit wird das Regelarbeitsverhältnis, die arbeitsrechtliche Grundlage des Sozialstaates, mit dem der Schutz des Arbeitnehmers vor Arbeitslosigkeit und Krankheit und im Alter begründet wird, ausgehebelt; die Aufspaltung der Arbeitnehmer in Kern- und Randbelegschaften, in Arbeitnehmer mit geschützten und ungeschützten Arbeitsverhältnissen, die Verlagerung des Beschäftigungsrisikos auf die Arbeitnehmer vorbereitet.

Dieses Gesetz gibt die weitere Tendenz an: Die Planierung des Sozialstaates ist die eine Seite, die Einführung der Neuen Technologien ist die andere Seite der "Vision" Genschers. Mit der Planierung des Sozialstaates und der individuellen und kollektiven Rechtspositionen der Arbeitnehmer soll der Weg geebnet werden, sollen Barrieren aus dem Weg geräumt werden, die eine ungehemmte Anwendung und Nutzung der Neuen Technologien behindern könnten. In ihrer entfalteteten Wirkung werden diese Technologien dann selbstläufig potenziert vollenden, was sich mit dem Angriff auf den Sozialstaat heute erst in Konturen abzeichnet.

Die Neuen Technologien sind in ihrer realen Wirkung Rationalisierungs- und Kontrolltechniken, von ihnen geht ein für Mensch und Gesellschaft universales Gefahrenpotential aus. Der ungehemmte Einsatz der Neuen Technologien wird vier gesellschaftliche Trends fördern: Individualisierung, Kontrolle, Manipulation und Realitätsentzug durch Unterordnung des Menschen unter die und Anpassung des Menschen an die Maschine. Die Wirkungen auf die menschliche Gesellschaft, die menschliche Kommunikation, die politische Kultur und die politische Demokratie sind noch nicht absehbar. Der binären Logik des Computers, der im Endstadium seiner Nutzung nicht nur der Formalisierung der Informationen, sondern auch der Formalisierung der Realität bedarf, wird sich niemand mehr entziehen können. Der Computer wird wie ein schleichendes Gift den gesamten Gesellschaftskörper durchdringen, den Menschen in all seinen Lebensäußerungen, am Arbeitsplatz, in der Freizeit, erreichen, erfassen und bestimmen.

(-/3.6.1985/rs/ks)

+ + +

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)

